

die Europäische Union entwickelt eine gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Strategie und die transatlantischen Bande werden angesichts gemeinsamer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen gefestigt.

Auf der anderen Seite richtet sich die russische Handels- und Außenpolitik angesichts anhaltender westlicher Sanktionen und fehlender Kooperationsperspektiven neu aus, insbesondere nach China und Indien. China, der neue Wirtschaftsgigant, der in einigen Jahren das Bruttoinlandsprodukt der USA überholt haben wird und über eine weit größere wirtschaftliche Dynamik verfügt als Russland bei einer etwa zehnmal so großen Bevölkerungszahl, wird sich – angesichts der Alternativlosigkeit für Russland – dafür einen hohen Preis zahlen lassen. Das weitgehend selbständige Agieren Russlands als – im Selbstverständnis – zweite Supermacht wird ein Ende finden, die Rohstoffexporte Russlands werden der chinesischen Wirtschaftsdynamik helfen, Russland wird in wirtschaftspolitische Abhängigkeit von China und Indien geraten, während China durch ein enges militärpolitisches Bündnis mit Russland seine Supermachtambitionen leichter realisieren kann.

Im Extrem würde dies zu einer neuen Blockbildung – der Westen mit dem Kern des transatlantischen Bündnisses und der Osten mit dem russisch-chinesischen Kern – führen, wobei beide Blöcke bestrebt sind, sich unterschiedliche Bündnispartner in verschiedenen Regionen der Welt durch wirtschaftliche, finanzpolitische und militärstrategische Kooperationen zu sichern. Teile des globalen Südens werden versuchen, sich aus dem Machtkonflikt herauszuhalten, einen weitgehenden Neutralitätsstatus zu bewahren und von der Konkurrenz in Gestalt günstiger Konditionen für

wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zu profitieren. Je rigider die beiden Blöcke darauf drängen werden, sich so oder so zu bekennen und zu binden, desto bipolarer würde die neue Weltordnung. Von besonderem Interesse wird sein, wie sich die beiden besonders dynamischen Regionen der weiteren Zukunft, Indien und das subsaharische Afrika, verhalten werden. Beide Regionen sind von einer großen Bevölkerung geprägt, die weiter auf Jahrzehnte hinaus wachsen wird, beide Regionen haben das Potenzial zu einer nachholenden Entwicklung mit starker wirtschaftlicher Dynamik, beide sind bislang wenig geneigt, sich in der abzeichnenden Bipolarität auf eine Seite zu schlagen. Auch große Einzelstaaten wie Brasilien oder Indonesien werden möglicherweise versuchen, diesen Neutralitätsstatus durchzuhalten.

Wenn die westliche Handelspolitik den moralischen Imperativen folgt, die gegenwärtig in Bezug auf die Ukraine-Krise und ihre Vorgeschichte formuliert werden, dass man also nicht mit Staaten Handel treiben könne (jedenfalls nicht in großem Umfang), die die Menschenrechte nicht achten und die keine Anstalten machen, durch wirtschaftliche Kooperation sich auch gesellschaftspolitisch an die Standards demokratischer Staaten anzunähern, dann ist eine lang anhaltende Phase der Deglobalisierung zu erwarten, die aller Voraussicht nach mit schweren Wirtschaftseinbrüchen im globalen Norden verbunden wäre, begleitet von steigender Arbeitslosigkeit, Insolvenzen, Verlust ganzer Branchen, im Osten mit der Abkopplung von technologischem Know-how und den internationalen Finanzströmen und im globalen Süden mit zusätzlichem Hunger und Elend. Das Motto „Nie mehr Handel ohne Wandel“ führt zwangsläufig zu einer Segregation der Weltwirtschaft in den einen Bereich

demokratischer Staaten und den anderen Bereich der Autokratien, Diktaturen und totalitären Regime.

Eine neue Bipolarität der Weltordnung dieses Typs hätte insbesondere für die westliche Vormacht, die USA, aber auch für den gesamten Westen weitreichende Veränderungen zur Folge. Die Zeit humanitär motivierter Interventionen, die Zeit, in der die NATO teilweise versuchte, die Rolle eines Weltpolizisten zu übernehmen, wäre dann endgültig zu Ende. Beide Seiten müssten dann auf die Stabilität dieser bipolaren Ordnung achten, Provokationen, die den gegnerischen Block betreffen, vermeiden und Konflikte nur in der Peripherie zulassen.

Dies ist jedenfalls die Erfahrung des Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach einer Phase der Instabilität unmittelbar nach dem Krieg, in der der Westen versuchte, ein Rollback gegenüber der sowjetischen Einflusszone zu organisieren, folgte eine Phase des Containments, die weitere Ausgriffe der Sowjetunion blockieren sollte, was im Falle der Kubakrise 1962 beinahe zum Dritten Weltkrieg geführt hätte. Dieses Schockerlebnis, wie rasch ein Kalter Krieg in einen heißen eskalieren kann, wurde durch Disengagement beider Seiten beigelegt (die Sowjetunion stationierte keine Raketen auf Kuba und die USA zogen ihre auf Russland gerichteten Raketen aus der Türkei ab) und ließ die Einsicht reifen, dass die beiden Blöcke sich paritätisch begegnen müssten und Abrüstungsschritte nur unter Bedingungen von Parität möglich sind. Dies hat dann in den 1970er Jahren zu den verschiedenen Abrüstungsverträgen geführt, die weniger in ihrer militärischen Substanz ausschlaggebend waren, sondern als wechselseitige Versicherung, dass man nicht an einer Eskalation des Konflikts Interesse hat und

sogar bereit ist, trotz diametral entgegengesetzter Systeme – hier der Westen, dessen politisches System auf Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit beruht, dort der Osten, in dem mit dem Instrument einer kommunistisch geführten Kaderpartei diktatorisch und teilweise totalitär regiert wurde – kulturelle Kontakte zuzulassen und auszubauen, Sportereignisse gemeinsam auszurichten (die Nixon'sche Ping-Pong-Politik gegenüber China) und stabilisierende Elemente wie Backchannels, rote Telefone, wechselseitige Informationen bei Militärübungen etc. einzuführen.

Ab Ende der 1960er Jahre entwickelten sich daraus Züge einer sogenannten Entspannungspolitik, die der Architekt der Willy Brandt'schen Ostpolitik Egon Bahr unter das Motto „Wandel durch Annäherung“ gestellt hatte. Mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 entstand daraus eine Herausforderung für die kommunistischen Einparteiensysteme, die sich zunehmend mit zunächst noch politisch schwachen, oft unter dem Schutz der Kirchen agierenden Menschenrechtsgruppen auseinandersetzen mussten und diese etwa in Polen und zuvor in der Tschechoslowakei und noch früher in Ungarn brutal niederschlugen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems hat unterschiedliche Ursachen, darunter auch die wirtschaftliche Ineffizienz der Zentralverwaltungswirtschaften, aber die Entspannungspolitik, der Ausbau von kulturellen und wissenschaftlichen Kontakten, auch der Ausbau von Handelsbeziehungen spielten neben der außenpolitischen Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan eine wichtige Rolle.

Wenn es zu diesem Szenario kommt, das heißt zu einer Ost-West-Spaltung mit zwei ökonomisch und militärisch weitgehend gleichrangigen Blöcken, müsste es das oberste Ziel westlicher

Außenpolitik sein, den dann einsetzenden Kalten Krieg unter der Schwelle kriegerischer Auseinandersetzungen zu halten und dafür zu sorgen, dass Konflikte außerhalb der beiden Blocksysteme nicht zu einem Konflikt zwischen diesen werden. Die Erfahrung, dass unter den Bedingungen einer solchen Bipolarität Frieden nur durch Stabilität gesichert werden kann, müsste wieder Leitschnur werden. Das Ziel der Ausweitung von Bündnissystemen, der Versuch eines Regime Change in Ländern, die dem anderen Block angehören, das Begehren einzelner Länder, ihre Blockzugehörigkeit zu wechseln, wären unter diesen Bedingungen einer neuen bipolaren Weltordnung eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit. Die mit dieser neuen Bipolarität einhergehende Deglobalisierung würde zumindest für eine längere Übergangsphase das Wirtschaftswachstum in Ost und West massiv dämpfen und zu wirtschaftlichen und sozialen Friktionen, auch zu humanitären Katastrophen führen. Zu vermuten ist, dass nach dieser Übergangsphase die wirtschaftliche Dynamik wieder einsetzt und sich auch die Länder des globalen Südens erholen, das gilt besonders für den Fall, dass es ihnen gelingt, von der Konkurrenz der beiden Blocksysteme zu profitieren.

Zweites Szenario: Ökonomisch moderierte Bipolarität

Das zweite Szenario geht ebenfalls davon aus, dass der russische Angriffskrieg in der Ukraine und anhaltende Sanktionen des Westens gegen Russland zu einer engeren wirtschafts- und sicherheitspolitischen Kooperation Russlands mit China führen werden. Im Unterschied aber zum ersten Szenario kommt es in diesem zweiten nicht